

PRESSEAUSSENDUNG uniko 2.12.2008

Rektoren fordern die Totalabschaffung der Studienbeiträge

Für eine Totalabschaffung der Studienbeiträge hat sich am Montagabend die Plenarversammlung der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) ausgesprochen. Nach übereinstimmender Einschätzung der Rektorin und der Rektoren würden die Kosten für die Administration der zahlreichen Erlassstatbestände die verbleibenden Einnahmen aus Studienbeiträgen übersteigen und damit eine Verschwendung von Steuergeld bedeuten. Diese Position der Universitätenkonferenz ist keine grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren, sondern eine Reaktion auf die Beschlüsse des Nationalrats vom 24.9.2008.

Aus gegebenem Anlass möchte die uniko die Regierungsparteien an den Beschluss des Nationalrats vor der Wahl erinnern, den Universitäten den Entfall der Studienbeiträge in voller Höhe von 150 Millionen Euro zusätzlich zu ersetzen. Diese Zusage wird durch das Regierungsprogramm relativiert und durch die jüngst zur Begutachtung versendeten Verordnungsentwürfe des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung sogar zurückgenommen, wonach eine Bedeckung im Rahmen des Globalbudgets zu erfolgen habe. Gegen diese Vorgabe erhebt die Universitätenkonferenz scharfen Protest.

Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt
Präsident der Österreichischen Universitätenkonferenz

Rückfragehinweis:
Manfred Kadi
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Österreichische Universitätenkonferenz
Lichtensteinstraße 22
1090 Wien
Tel.: +43 (0)1 310 56 56 - 24
Fax: +43 (0)1 310 56 56 - 22
Email: manfred.kadi@uniko.ac.at
Homepage: www.uniko.ac.at